

Die letzte Woche.

Draußen in der Natur spielt sich jetzt ein harter Kampf ab. Der Winter hat noch einmal alle Kräfte aufgeboten, um seine Machtstellung zu behaupten. Heftige Schneestürme brausen über das Land hin, und gewaltige Schneemassen lasten über Feld und Wald. Und trotzdem ist die Macht des Winters im Wanken. Zwischen durch wagt sich schon die Frühlingssonne durch, und nicht mehr lange wird es dauern, dann ist der Bann endgültig gebrochen.

Auch in der Politik scheint sich eine gewisse Entspannung einzustellen. Der Wehretat hat ohne große Schwierigkeiten den Haushaltsausfluß des Reichstags passiert, die erste Rate des Panzerkreuzers B ist vom Ausschuß bewilligt; gefährdet ist der Schiffsneubau allerdings noch nicht. Die Sozialdemokraten machen ihre endgültige Stellungnahme — im Ausschuß haben sie Stimmhaltung geübt — von einem Entgegenkommen auf steuer- und sozialpolitischen Gebiet abhängig. Entsprechende Verhandlungen schweben bereits seit einiger Zeit. Man glaubt, daß es in den sozialpolitischen Fragen zu einer Verständigung mit der Sozialdemokratie kommen wird, da man hier geneigt ist, ihren Wünschen so weit wie möglich Rechnung zu tragen. Die steuerpolitischen Anregungen dagegen stoßen bei den bürgerlichen Parteien auf Widerpruch, weil jede Erhöhung von Steuern als indifutabel und wirtschaftlich untragbar angesehen wird.

In maßgebenden Wirtschaftskreisen hält man den gegenwärtigen Augenblick für eine Erhöhung von direkten Steuern schon deshalb für überaus unglücklich, weil man gerade jetzt Anzeichen für eine gewisse Belebung der Wirtschaft zu erkennen glaubt. Dieser Geburdsprophet würde, so lagt man, durch eine neue Steuerbelastung empfindlich gestört, wenn nicht unterbrochen werden. Tatsächlich scheint sich auch auf wirtschaftlichem Gebiete eine gewisse Entspannung anzubahnen. In der Börse zeigt sich jetzt kurzum eine offensichtliche Aufwärtsentwicklung; die Befestigung des Kapitalmarktes macht gute Fortschritte, woraus man schließen darf, daß nach der katastrophalen Kapitalabwanderung ein allmählicher Rückfluß des deutschen Geldes aus dem Ausland ins Reich eingetreten ist. Singulärum, daß auf dem Arbeitsmarkt eine, wenn zunächst auch noch geringe Entlastung eingetreten ist. Das Ergebnis der Rücklandreise der deutschen Industriellen ist geeignet, diese Entwicklung wesentlich zu begünstigen. In den Kreisen der Industrie verpicht man sich, daß durch die russischen Bestellungen mindestens 150,000 Erwerbslose wieder in den Produktionsprozeß eingereiht werden könnten. Bei 5 Millionen Arbeitslosen will das natürlich nicht viel bedeuten, aber die Wiederentstellung von 150,000 Mann ist doch immerhin ein Erfolg in dieser Zeit, wo man jeden Tag von neuen Betriebsstilllegungen und Geschäftszusammenbrüchen zu hören bekommt. Zu beachten ist auch die Tatsache, daß die deutschen Industrieleiter auf ausdrückliche Einladung nach Moskau gefahren waren. Die Sowjetregierung hat dem-

nach ein dringendes Interesse an einer deutschen Mitwirkung bei dem Aufbau der russischen Industrie. Bei den deutschen Lieferungen soll es sich in erster Linie um Produktionsmittel, namentlich um Elektrizitätsanlagen, sowie um Maschinen für Bergwerke und Fabriken und endlich um Eisenbahnmaterial handeln. Die Frage der Finanzierung ist allerdings noch nicht geklärt. Die Russen fordern eine langfristige Stundung des Kaufpreises. Hierzu bedarf es noch eingehender Verhandlungen mit den deutschen Banken und der Reichsregierung, die unter Umständen eine neue Ausfallbürgschaft für diese Kredite übernehmen soll.

Die Außenpolitik wird nach wie vor beherrscht durch den Fokuspunkt von Rom, der jetzt im Wortlaut veröffentlicht worden ist und in der Weltpresse ausführlich besprochen wird. Auch hier wird viel von einer Entspannung geredet. Briand räumte bei seinem Bericht vor den Kammerauschüssen die „Harmonie“, die bei den Verhandlungen geherrscht habe und die eine Bürgschaft für eine Verständigung auf internationalem Gebiet sei. Das gleiche Loblied stimmte der Erste Lord der britischen Admiralität, Alexander, im Unterhaus an, der die Auffassung vertrat, daß die Regelung der französisch-italienischen Fokttenfrage eine weit günstigere Atmosphäre für die internationale Zusammenarbeit und die Sicherung des europäischen Friedens geschaffen habe. Aber es fehlt auch nicht an Stimmen der Kritik, ja, es wurde sogar die Befürchtung geäußert, ob nicht England durch die Übernahme der Rolle des ehrlichen Wärlers für diese Regelung auf Kosten seiner eigenen Sicherheit etwas daraufgezählt habe. Alexander selbst mußte zugeben, daß die den Franzosen zugebundene U-Boot-Tonnage von 81,900 Tonnen im Verhältnis zu den 53,000 Tonnen, über die England verfügt, viel zu hoch ist. Auch in Japan ist man über dieses Mißverhältnis nicht erbaud. Im übrigen ist in den Vertrag die bis jetzt unbekannteste Bestimmung aufgenommen worden, daß die französische U-Boots-Stärke noch einmal auf der Weltabstufungskonferenz im nächsten Jahr zur Diskussion gestellt werden soll.

Deutscher Reichstag

Die große sozialpolitische Aussprache

Berlin, 12. März.

Auf der Tagesordnung der Reichstagskammer am Donnerstag steht die zweite Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums.

Mit der Beratung ist verbunden der kommunistische Antrag, der sich gegen die Stilllegung der Sütte Ruhrort-Wehretat wendet.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald

leitet die Aussprache ein. Er erklärt, das staatliche Schlichtungs- und Tarifwesen hat seine Probe bestanden. Doch dabei Schwierigkeiten entstehen würden, worauszugehen. Tarifverträge sollen

praktische Überwegegehe sein. Es ist eine Unmöglichkeit, angesichts der bestehenden Komplikationen in einer Zeit der größten Wirtschaftskrisis durch das staatliche Schlichtungsorgan bei einer einzigen Tarifermäßigung Ordnung zu bringen. Das amtliche Schlichtungsorgan muß eine bestimmte Linie einhalten, wenn nicht ein Locking entstehen soll. Was den Lohn anlangt, so herrscht über dessen Funktionen große Verwirrung. Die Kaufkrafttheorie überlegt, daß in einem Lande mit 5 Millionen Arbeitelosen und einigen Millionen Kurzarbeitelosen mit dem individuellen Reallohn, mit dem Stundenlohn des einzelnen Arbeiters nichts anzufangen ist. Es kommt zunächst auf den Jahreslohn an und darauf, wieviel der einzelne und die Volkswirtschaft davon für die Unterhaltung der Arbeitelosen aufbringen muß.

Es ist unlogisch, völlig freie Lohnregelung zu verlangen und gleichzeitig die Aufrechterhaltung von unwirtschaftlichen Preisbindungen in Kartellen sowie hohe Zölle gegenüber dem Ausland zu fordern.

Es ist auch verfehlt, den Lohn nur einseitig als preiswirtschaftlicher Faktor anzusehen. Praktisch sieht die Lohnfrage gemindert so: Das Institut für Konjunkturforschung hat für 1930 die Zustimmung erteilt, daß durch Arbeitslosigkeit, Arbeitsordnungen, Kurzarbeit und amtliche Lohnfestsetzungen eine Kürzung der Löhne um 10 v. H. im allgemeinen und um ein Drittel der Lebenshaltungskosten um 7 1/2 v. H. gegenüberliefe. Nicht Kürzung der Reallohn ist Sinn der Regierungspolitik, sondern die Entlastung der Gehaltsstellungen. Freilich hat man es bei den einzelnen Lohnverträgen nicht immer in der Hand zu erreichen, daß der Lohnempfänger in dem gleichen Gewerbe sofort eine Preisentlastung folgt oder daß die Preisentlastung der Lohnprüfung vorangeht.

Nur längere Sicht gesehen werde ich mich, soweit das auf dem Wege der Schlichtung überhaupt möglich ist, nachdrücklich einer Senkung der Reallohn widersetzen.

Zur Lösung der Fragen wegen der Reform des Tarif- und Schlichtungswesens ist es meines Erachtens absolut notwendig, daß in der nächsten Zeit Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften viel umfassender zusammenarbeiten. Was die immer mehr umfrittene Arbeitseinerführung anlangt, so betone ich nochmals, daß

die Regierung, falls ein durchgreifender Erfolg den freiwilligen Bemühungen um eine wesentliche Verminderung des Arbeitslosenstandes nicht bescheiden ist, gesetzliche Vorschriften über Arbeitsfreisetzung durch Arbeitseinerführung erlassen muß.

Der Arbeitslosenfrage ist nur in Verbindung mit der Gesamtlösung der Bemühungen um eine wesentliche Verminderung des Arbeitslosenstandes nicht bescheiden ist, gesetzliche Vorschriften über Arbeitsfreisetzung durch Arbeitseinerführung erlassen muß.

Wenn ich die Beschaffung einer Vielzahl von 1-1 1/2 Milliarden zur realistischen Ansicht ermöglichen ließe, dann könnte ich den nächsten Tag ein Arbeitsbeschaffungsprogramm vorlegen, durch das 300,000-400,000 Menschen beschäftigt werden könnten und in dessen Mittelpunkt die Reichsbahn stehen würde.

Aber die Beschaffung solcher notwendigen langfristigen Kredite ist in der Hauptsache eine Vertrauensfrage. Dieses Vertrauen kann aber nur kommen, wenn Staat und Wirtschaft in Ordnung gebracht werden. Bis dahin müssen wir zunächst mit kleineren Mitteln die Arbeitslosenfrage zu mildern suchen. Nur längere Sicht gesehen bin ich kein Befürworter. Trodem tauche ich mich aber nicht darin, daß 1931 noch ein schweres Streifenjahr für uns sein wird.

Das es bisher gelungen ist, für 5 Millionen arbeitelose Volksgenossen zu sorgen, ist ein Großtat des deutschen Volkes und der Arbeiterkraft.

Trotz großer eigener Mühe hat es für so gewaltige Opfer für die Arbeitelosen aufgebracht, und das ist eine Leistung, die in der Weltgeschichte einzig dastehet. Die Wohnungspolitik des Jahres 1931 ist hauptsächlich auch unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, wieviel mehr privates Kapital für gewerbliche Investitionen gewonnen werden kann. Das Jahr 1931 wird dem Bauwesen sehr viel geringere Aufträge als in den Vorjahren bringen. Die öffentlichen Bauten werden stark zurückgehen und für gewerbliche Bauten fehlt meist der nötige Finanzplan. Das auch die Hausbauflaute nicht nur in der Wohnungsbauart stark verringert werden mußte, heißt das Reich frei über die Hausbauflaute verfügen können,

Mte Schuld.

Roman von R. Kohlrausch.

Copyright by Greiner & Co., Berlin W. O.

(Nachdruck verboten.)

45. Fortsetzung.

Nur eine Karte! Wie leichthin der Mann die Worte sprach. Nur eine Karte war es freilich, aber sie bedeutete Glück, Freiheit, Wiederherstellung eines zerstörten Familienlebens! Dem sie war von Wittners Hand, kam femer aus der Date Viktra, brachte Glückwünsche für Hedwig und erfüllte sie zugleich. Ein aufgeregter Stempel nannte das Hotel, wo Wittner abgeblieben war, er selbst aber meldete, daß er nach ziellosen Irrfahrten dort wirklich einen Ort gefunden habe, wo ein sonnebelebter Weich das Leben ertragen könne, daß er daher noch ein paar Wochen dort zu bleiben gedente. Nun war die Verbindung mit ihm wiederhergestellt, er war zu erreichen, konnte Zeugnis ablegen für seinen Freund, Bruno mußte frei werden aus entehrender Haft!

Welch ein Geburtsstagsgeschehen, Welch ein Glück. Hedwig dachte kaum noch an den Ring, an seine schwärmerische Ueberbringung. Sie eilte die Stufen so beflügelt hinunter, wie nur jemals in ihren Wahnabenden, sie rief auf der Straße das erste Auto heran, das ihr entgegenkam, fuhr zum Telegraphenamt und entwarf ein langes Telegramm an Herrn Wittner, Hotel Monopol, Cafe Viktra in Algier.

Hedwig war auf dem Wege zum Postamt gewesen. Jetzt überlegte sie, soweit ihr die bebende Freude Fähigkeit ließ, richtig zu überlegen. Wenn ihr Mann freit werden konnte, konnte sie ihm sprechen, ob es nötig sei, den Ring wirklich der Polizei zu übergeben. Vielleicht konnte Hedwig Verwehner geschickt werden. Vielleicht sie selbst war so glücklich, daß es ihr Bedürfnis war, auch

andere glücklich zu sehen. Ein besserer Rufel war in ihrer Seele, drängte sie vorwärts ihrem nächsten Ziele entgegen. So rasch als möglich nur fuhr Bruno von seiner Hofstaal erlösen! Aber war dafür die Polizei die richtige Adresse? Schwebe nicht über der nächsten Behörde noch der mächtigere Staatsanwalt?

Ein Ausdruck ihres Mannes fiel ihr ein: „Man muß immer gleich an die höchsten Instanzen gehen, wenn man etwas erreichen will.“ Das entfiel. Sie hatte in der letzten, schweren Zeit häufig genug den Staatsanwalt Wilmann erwähnen hören, um sich seines Namens genau zu erinnern. Auch seine Wohnung hatte sie durch ihren Mann erwähnen hören. Dortbin beorderte sie den Wagen, der vor dem Telegraphenamt auf sie wartete.

Sie hatte das Glück, den Staatsanwalt in seiner Wohnung zu treffen. Mit ritterlicher Liebenswürdigkeit kam er ihr entgegen und auf seinem vollen Kindergesicht glänzte ein mildes Lächeln.

Hedwigs Hände zitterten sehr bei Vorhalten der albergen Postkarte und ebenso zitterte ihre Stimme beim Erläutern ihres Befehdes und ihres Anliegens. Der Staatsanwalt nahm die Karte und griff nach einer Stelle und entstellte durch sie sein Obergesicht. Nachdem er die wenigen Zeilen sorgfältig durchgesehen hatte, gab er Hedwig die Karte zurück und sagte: „Das freut mich, freut mich sehr für Sie, gnädige Frau. Der Durchgänger ist also wirklich wieder aufgefunden worden. Sobald nun die nötigen Formalitäten erledigt worden sind, wird hoffentlich nichts mehr um Wege stehen, Ihren Herrn Gemahl seiner Familie zurückzugeben.“

„Formalitäten?“
„Ja, — Sie dachten wohl, ihn auf diese Postkarte hin gleich mitnehmen zu können? So rasch geht es leider nicht bei uns. Wehner muß noch Verhöredenes erledigt werden. Zunächst müssen wir die Antwort auf Ihre Telegramm abwarten und wissen, ob der Herr — Wittner bereit ist, nicht wahr? — in der Lage ist, die von Ihrem Herrn Gemahl gemachten Angaben über das Zusammenstehen der beiden am Abend des neunzehnten Februar zu bestimmten Zeit beizugehen und beschwören zu können. Ich hoffe zuverlässig, daß er dazu imstande sein wird. Ich habe nun

mit schwerem Herzen den Haftbefehl gegen Regierungsrat Düringer ausgespelt, und habe nie so recht an seine Schuld geglaubt.“

„Ich danke Ihnen, Herr Staatsanwalt, für Ihre Worte.“

„Bitte sehr, gnädige Frau. Die eigentlichen Formalitäten tangen jedoch erst an, wenn Herr Wittner sich bereit erklärt hat, sein Zeugnis abzulegen. Er möchte dann entweder die Karte hierher machen, um an Ort und Stelle ehtlich vernommen zu werden, oder es möchte kommissarische Vernehmung dort vor dem nächsten deutschen Konjunkt, gleichfalls natürlich ehtlich, erfolgen. Herr Wittner möchte sich selbstverständlich vor der betreffenden Behörde genau legitimieren, wozu er als Auslandstretender freilich nicht sicher imstande sein wird, weil er als solcher ohnehin einen Pass nötig hat. Alles das muß gemacht werden; allzu rasch wird sich die Sache, wie Sie sehen, also leider nicht abwickeln lassen.“

„Und so lange muß mein Mann?“
„In Haft bleiben. Ja, gnädige Frau. Daran läßt sich leider nichts ändern. Ich will ihm aber gleich Mitteilung von der Auffindung seines Freundes machen lassen. Die Nachricht wird ihn hoffentlich erfreuen.“

„Aber was kann ich tun, um seine Freilassung zu beschleunigen?“

„Ihren ersten Telegramm an Herrn Wittner ein zweites folgen lassen, in dem Sie die zu erfüllenden Formalitäten, von denen ich sprach, hervorheben. Er wird sie selbst vermutlich kennen, aber gnädige Frau haben dann doch das Bewußtsein, alles getan zu haben, was in Ihren Kräften steht. Und jold ein Bewußtsein ist immer angenehm.“

„Ich will es tun, ich will noch einmal zum Telegraphenamt fahren, der Wagen wartet unten. Ich danke Ihnen, Herr Staatsanwalt.“

Von Wilmann zur Eile geleitet, ging sie rasch hinaus: Auf der Treppe kam ihr Herr entgegen, an dem sie vorbeigegangen wäre, ohne ihn zu beachten, wenn er sie nicht begrüßt hätte.

(Fortsetzung folgt.)

Nebrauer Anzeiger

Die letzte Woche.

Draußen in der Natur spielt sich jetzt ein harter Kampf ab. Der Winter hat noch einmal alle Kraft aufgeboten, um seine Machtstellung zu behaupten. Heftige Stürme brausen über das Land hin, und gewaltige Schneemassen lasten über Feld und Wald. Und trotzdem ist die Macht des Winters im Wanken. Zwischenbüchse wagt sich schon die Frühlingssonne durch, und nicht mehr lange wird es dauern, dann ist der Bann endgültig gebrochen.

Auch in der Politik scheint sich eine gewisse Entspannung einzustellen. Der Wehretat hat ohne große Schwierigkeiten den Haushaltsausgleich des Reichstags passiert, die erste Rate des Panzerkreuzers B ist zum Ausbruch bewilligt; gesichert ist der Schiffneubau allerdings noch nicht. Die Sozialdemokraten machen ihre endgültige Stellungnahme — im Ausbruch haben sie Stimmenhaltung geübt — von einem Entgegenkommen auf steuer- und sozialpolitischen Gebiet abhängig. Entsprechende Verhandlungen schweben bereits seit einiger Zeit. Man glaubt, daß es in den sozialpolitischen Fragen zu einer Verständigung mit der Sozialdemokratie kommen wird, da man hier geneigt ist, ihren Wünschen so weit wie möglich Rechnung zu tragen. Die steuerpolitischen Anregungen dagegen stoßen bei den bürgerlichen Parteien auf Widerstand, weil jede Erhöhung von Steuern als indiskutabel und wirtschaftlich untragbar angesehen wird.

In maßgebenden Wirtschaftskreisen hält man den gegenwärtigen Augenblick für eine Erhöhung von direkten Steuern schon deshalb für überaus ungünstig, weil man gerade jetzt Anzeichen für eine gewisse Belebung der Wirtschaft zu erkennen glaubt. Dieser Gesundheitsprozeß würde, so sagt man, durch eine neue Steuerbelastung empfindlich gestört, wenn nicht unterbrochen werden. Tatsächlich scheint sich auch auf wirtschaftlichem Gebiete eine gewisse Entspannung anzubahnen. In der Börse zeigt sich seit kurzem eine offensichtliche Aufwärtsentwicklung; die Befestigung des Kapitalmarktes macht gute Fortschritte, woraus man schließen darf, daß nach der fatalen Kapitalabwanderung ein allmählicher Rückfluß des deutschen Geldes aus dem Ausland ins Reich eingetreten ist. Singulär, daß auf dem Arbeitsmarkt eine, wenn zunächst auch noch geringe Entlastung eingetreten ist. Das Ergebnis der Rücklandreise der deutschen Industriellen ist geeignet, diese Entwicklung wesentlich zu begünstigen. In den Kreisen der Industrie verdirbt man sich, daß durch die russischen Bestellungen mindestens 150 000 Erwerbstätige wieder in den Produktionsprozeß eingereiht werden könnten. Bei 5 Millionen Arbeitelosen will das natürlich nicht viel bedeuten, aber die Wiedereinstellung von 150 000 Mann ist doch immerhin ein Schritt in einer Zeit, wo man jeden Tag von neuen Betriebsstilllegungen und Geschäftszusammenbrüchen zu hören bekommt. Zu beachten ist auch die Tatsache, daß die deutschen Industriellen für ausländische Einfuhr nach Moskau gefaßten waren. Die Sowjetregierung hat dem-

nach ein dringendes Interesse an einer deutschen Mitwirkung bei dem Aufbau der russischen Industrie. Bei den deutschen Lieferungen soll es sich in erster Linie um Produktionsmittel, namentlich um Elektrizitätsanlagen, sowie um Maschinen für Bergwerke und Fabriken und endlich um Eisenbahnmaterial handeln. Die Frage der Finanzierung ist allerdings noch nicht geklärt. Die Russen fordern eine langfristige Stundung des Kaufpreises. Hierzu bedarf es noch eingehender Verhandlungen mit den deutschen Banken und der Reichsregierung, die unter Umständen eine neue Ausfallbürgschaft für diese Kredite übernehmen soll.

Die Außenpolitik wird nach wie vor beherrscht durch den Flottenpakt von Rom, der jetzt im Vorlauf veröffentlicht worden ist und in der Weltpresse ausführlich besprochen wird. Auch hier wird viel von einer Entspannung geredet. Briand rühmte bei seinem Bericht vor den Kammerausfällen die „Harmonie“, die bei den Verhandlungen geherrscht habe und die eine Bürgschaft für eine Verständigung auf internationalem Gebiet sei. Das gleiche Loblied stimmte der Erste Lord der britischen Admiralität, Alexander, im Unterhaus an, der die Auffassung vertrat, daß die Regelung der französisch-englischen Flottenfrage eine weit günstigere Atmosphäre für die internationale Zusammenarbeit und die Sicherung des europäischen Friedens geschaffen habe. Aber es fehlt auch nicht an Stimmen der Kritik, ja, es wurde sogar die Befürchtung geäußert, ob nicht England durch die Übernahme der Rolle des ehrlichen Wärlers für diese Regelung auf Kosten seiner eigenen Sicherheit etwas daraufgefaßt habe. Alexander selbst mußte zugeben, daß die den Franzosen zugestandene U-Boots-Tonnage von 81 900 Tonnen im Verhältnis zu den 53 000 Tonnen, über die England verfügt, viel zu hoch ist. Auch in Japan ist man über dieses Mißverhältnis nicht erbaud. Im übrigen ist in den Vertrag die bis jetzt unbekannte Bestimmung aufgenommen worden, daß die französische U-Boots-Stärke noch einmal auf der Weltabklärungs-Konferenz im nächsten Jahr zur Diskussion gestellt werden soll.

Deutscher Reichstag Die große sozialpolitische Ansprache

Berlin, 12. März.

Auf der Tagesordnung der Reichstagsung am Donnerstag steht die zweite Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums.

Mit der Beratung ist verbunden der kommunistische Antrag, der sich gegen die Entlassung der Hütte Ruhrort-Elberfeld wendet.

Der Haushaltsausschuß legt eine lange Reihe von Entschuldigungen vor, in denen die vierzigstündige Arbeitswoche und verschiedene andere Maßnahmen zur Entlastung des Arbeitsmarktes verlangt werden.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald

leitet die Ansprache ein. Er erklärt, das staatliche Schlichtungs- und Tarifwesen hat seine Probe bestanden. Doch dabei Schwierigkeiten entstehen würden, war vorzuzusehen. Tarifverträge sollten

praktische Gewerbegebiete sein. Es ist eine Unmöglichkeit, angesichts der bestehenden Komplikationen in einer Zeit der größten Wirtschaftskrisis durch das staatliche Schlichtungswesen bei einer einzigen Zwangsregelung Ordnung zu bringen. Das staatliche Schlichtungswesen muß eine bestimmte Einheit einhalten, wenn nicht ein Lockhart entstehen soll. Was den Lohn anlangt, so herrscht über dessen Funktionen große Verwirrung. Die Kaufkrafttheorie übersieht, daß in einem Lande mit 5 Millionen Arbeitelosen und einigen Millionen Kurzarbeitern mit dem individuellen Reallohn, mit dem Stundenlohn des einzelnen Arbeiters nichts anfangen ist. Es kommt zunächst auf den Jahreslohn an und darauf, wieviel der einzelne und die Volkswirtschaft davon für die Unterhaltung der Arbeitelosen ausbringen muß.

Es ist unlogisch, völlig freie Lohnregelung zu verlangen und gleichzeitig die Aufrechterhaltung von unwirtschaftlichen Preisbindungen in Kartellen sowie hohe Zölle gegenüber dem Ausland zu fordern.

Es ist auch verkehrt, den Lohn nur einheitlich als preiswirtschaftlichen Faktor anzusehen. Praktisch steht die Lohnfrage gegenwärtig da: Das Anhalten für Konjunkturförderung hat für 1930 die Aufstellung betriebl. und amtlicher Schlichtungsstellen, Arbeitsabstimmungen, Kurzarbeit und amtliche Lohnfestsetzungen eine Stärkung der Einkommen um 10 u. 5. hatgefunden und dem eine Senkung der Lebenshaltungskosten um 1 1/2 u. 5. gegenübersteht. Nicht Stärkung der Reallohn ist Sinn der Regierungspolitik, sondern die Senkung der Gehaltsaufstellungen. Freilich hat man es bei den einzelnen Neuverordnungen nicht immer in der Hand zu sehen, daß der Lohnfestsetzung in dem gleichen Gewerbe sofort eine Preisentlastung folgt oder daß die Preisentlastung der Lohnfestsetzung vorangeht.

Der längere Zeit gehen werde ich mich, sowohl das auf dem Wege der Schlichtung überhaupt möglich ist, nachdrücklich einer Senkung der Reallohn widersetzen.

Zur Lösung der Fragen wegen der Reform des Tarif- und Schlichtungswesens ist es meines Erachtens absolut notwendig, daß in der nächsten Zeit Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften sich umfassender als bisher zusammenschließen. Was die immer mehr umfrittene Arbeitseinsatzverteilung anlangt, so beziehe ich nochmals, daß

die Regierung, falls ein durchgreifender Erfolg den freiwilligen Bemühungen um eine wesentliche Verbesserung des Arbeitslosensprezes nicht befriedigt ist, geheimerweise Fortschritte über Arbeitsverteilung durch Arbeitseinsatzverteilung einleiten muß.

Der Arbeitseinsatz ist nur in Verbindung mit der Gesamtfinanzierung denkbar und bedingungslos. Wie ist man im letzten Jahre bei nicht gelungenen, als ich die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 3 u. 5. erhöhte! Wäre das nicht erfolgt, dann wären wir nicht bei diesen Winterhimmelfahrten.

Wenn ich die Beschäftigung einer Woche von 1-1/2 Milliarden zu regelmäßiger Arbeitswoche ermöglichen ließe, dann hätte ich schon morgen ein Arbeitsbeschaffungsprogramm vorliegen, durch das 300 000-400 000 Menschen beschäftigt werden könnten und in dessen Mittelpunkt die Reichsbahn stehen würde.

Aber die Beschäftigung solcher notwendigen langfristigen Kredite ist in der Hauptsache eine Vertrauensfrage. Dieses Vertrauen kann aber nur kommen, wenn Staat und Wirtschaft in Ordnung gebracht werden. Was dahin müssen wir zunächst mit kleineren Mitteln die Arbeitslosenfrage zu mildern lernen. Auf längere Sicht gesehen ist ich kein Feind. Trotzdem läßt sich nicht sagen, daß 1931 noch ein schlimmerer Krisenjahr für uns sein wird.

Daß es bisher gelungen ist, für 5 Millionen arbeitelose Dönsen zu sorgen, ist ein Großteil des deutschen Volkes und der Arbeiterschaft.

Trotz großer eigener Mühe hat sie so gemaltige Opfer für die Arbeitelosen aufgebracht, und das ist eine Leistung, die in der Weltgeschichte nicht davor. Die Wohnungslosigkeit des Jahres 1931 ist hauptsächlich auch unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, daß ein milder Winter Kapital für zusätzliche Ausgaben gewonnen werden kann. Das Jahr 1931 wird dem Baugewerbe sehr viel geringere Aufträge als in den Vorjahren bringen. Die öffentlichen Bauten werden stark zurückgehen und für gewerbliche Bauten fehlt es an der Baufähigkeit. Singulär, daß auch die Hausinspektoren mit dem Bauwesen stark verringert werden müssen. Sollte das Reich frei über die Hausinspektoren verfügen können,

Alte Schuld.

Roman von R. Kohrausch.

Copyright by Greiner & Co., Berlin N.W.6.

(Nachdruck verboten.)

45. Fortsetzung.

Vor eine Karte! Wie leichtlich der Mann die Worte über sie bedeutete, aber die gezeichneten Fingers Hand, kam die schuldige ihr schreie Stempel an der, er selbst horten dort witzsollbedürftiger er daher noch ein un war die Verar zu erreichen, ob, Bruno mußte in Glück. Hedwig die schwärmerische schlugel hinunter, sie rief auf der gegenfam, fuhres Telegramm bistra in Alger.

gebildete gemein. die Freude fähig der Mann bereit es nötig sei, den die Lichter konnte die Lichter Sie ernt war, auch



Ein Ausdruck ihres Mannes fiel ihr ein: „Man muß immer gleich an die höchsten Instanzen gehen, wenn man etwas erreichen will.“ Das entschied. Sie hatte in der letzten, schweren Zeit häufig genug den Staatsanwalt Vödemann erwähnen hören, um sich seines Namens genau zu erinnern. Auch seine Wohnung hatte sie durch ihren Mann erwähnen hören. Dorthin beorderte sie den Wagen, der von dem Telegraphenamt auf sie wartete.

Sie hatte das Glück, den Staatsanwalt in seiner Wohnung zu treffen. Mit zitterlicher Lebenswürdigkeit kam er ihr entgegen, und auf seinem vollen Kindergesicht glänzte ein mildes Lächeln.

Hedwigs Hände zitterten sehr beim Vorholen der algerischen Postkarte und ebenso zitterte ihre Stimme beim Erläutern ihres Besuches und ihres Anliegen. Der Staatsanwalt nahm die Karte und griff nach einer Brille und entstellte durch sie sein Übergesicht. Nachdem er die wenigen Zeilen sorgfältig durchgesehen hatte, gab er Hedwig die Karte zurück und sagte: „Das freut mich, freut mich sehr für Sie, gnädige Frau. Der Durchgänger ist also wirklich wieder aufgefunden worden. Sobald nun die nötigen Formalitäten erledigt worden sind, wird hoffentlich nichts mehr um Wege stehen, Ihren Herrn Gemahl seiner Familie zuzugeben.“

„Formalitäten?“

„Ja. — Sie dachten wohl, ihn auf diese Postkarte hin gleich mitnehmen zu können? So doch geht es leider nicht bei uns. Vorher muß noch Verfestigendes erledigt werden. Zunächst müssen wir die Antwort auf Ihr Telegramm abwarten und wissen, ob der Herr ... Ritter heißt er, nicht wahr? — in der Lage ist, die von Ihrem Herrn Gemahl gemachten Angaben über das Zusammenleben der beiden am Abend des neunzehnten Februar zu bestimmten Zeit befähigen und bezeugen zu können. Ich hoffe zuverlässig, daß er dazu imstande sein wird. Ich habe nur

mit schwerem Herzen den Haftbefehl gegen Regierungsrat Fättinger ausgefertigt, und habe nie so recht an seine Schuld gedacht.“

„Ich danke Ihnen, Herr Staatsanwalt, für Ihre Worte.“

„Bitte sehr, gnädige Frau. Die eigentlichen Formalitäten laufen jedoch erst an, wenn Herr Ritter sich bereit erklärt hat, sein Zeugnis abzugeben. Er möchte dann entweder die Reise hierher machen, um an Ort und Stelle eidlich vernommen zu werden, oder es möchte kommissarische Vernehmung dort vor dem nächsten deutschen Konsulat, gleichfalls natürlich eidlich, erfolgen. Der Herr Ritter möchte sich selbstverständlich vor der betreffenden Behörde genau legitimieren, wozu er als Auslandsreisender freilich wohl sicher imstande sein wird, weil er als solcher ohnedies einen Paß nötig hat. Alles das muß gemacht werden; allzu rasch wird sich die Sache, wie Sie sehen, also leider nicht abwickeln lassen.“

„Und so lange muß mein Mann?“

„In Haft bleiben. Ja, gnädige Frau. Daran läßt sich leider nichts ändern. Ich will ihm aber gleich Mitteilung von der Auffindung seines Freundes machen lassen. Die Nachricht wird ihn hoffentlich erheitern.“

„Aber was kann ich tun, um seine Freilassung zu beschleunigen?“

„Nehmen ersten Telegramm an Herrn Ritter ein amtes folgen lassen, in dem Sie die zu erfüllenden Formalitäten, von denen ich sprach, hervorheben. Er wird sie selbst vermuthlich kennen, aber gnädige Frau haben dann doch das Bewußtsein, alles getan zu haben, was in Ihren Kräften steht. Und solch ein Bewußtsein ist immer angenehm.“

„Ich will es tun, ich will noch einmal zum Telegraphenamt gehen, der Wagen wartet unten. Ich danke Ihnen, Herr Staatsanwalt.“

Von Videmann zur Air geleitet, ging sie rasch hinaus: Aus der Treppe kam ihr ein Herr entgegen, an dem sie vorbeigegangen wäre, ohne ihn zu beachten, wenn er nicht begrüßt hätte.

(Fortsetzung folgt.)